



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484
FAX: (030) 227 – 76992
E-Mail: uwe.schummer@bundestag.de
Homepage: www.uwe-schummer.de

30. Januar 2006

Aigner/Schummer: Ausbildungspakt braucht neue Dynamik

Zur heutigen Ausbildungspaktkonferenz erklären die Bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ilse Aigner MdB, und der Berichterstatter für Berufliche Bildung, Uwe Schummer MdB:

Die Anstrengungen der Wirtschaft zur Erfüllung des Ausbildungspaktes sind enorm. Unser Dank gilt allen Betrieben, die in schwierigem wirtschaftlichem Umfeld in den vergangenen zwei Jahren zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen haben oder zum ersten Mal ausbilden.

Trotzdem bleibt die Lage auf dem Lehrstellenmarkt angespannt. Der Ausbildungspakt braucht neuen Schwung.

Die Instrumente des Ausbildungspaktes, insbesondere die Einstiegsqualifikationen, müssen auf ihre Wirksamkeit überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Ziel ist, dass sie in echte Ausbildungsverträge einmünden. Die Paktpartner müssen noch mehr für die Risikogruppen, wie Lernschwache oder Jugendliche mit Migrationshintergrund, tun. Aus ihnen darf keine verlorene Generation werden. Das neue Berufsbildungsgesetz bietet durch die verbesserten Regelungen für Stufenausbildungen, Ausbildungsverbände und gestreckte Abschlussprüfungen vielfältige Möglichkeiten.

PRESSMITTEILUNG



Uwe Schummer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484
FAX: (030) 227 – 76992
E-Mail: uwe.schummer@bundestag.de
Homepage: www.uwe-schummer.de

Die Gewerkschaften können sich nicht länger hinter der stereotypen Forderung nach einer Ausbildungsabgabe verschanzen, sondern müssen tarifliche Ausbildungshemmnisse beseitigen, d.h. z.B. mehr Flexibilität bei der Vergütung zulassen und Übernahmeverpflichtungen überprüfen.

Das gilt auch für die Modernisierung von Berufsbildern und Ausbildungsverordnungen. Sie muss von den Sozialpartnern vorangetrieben werden. Neue Berufe sind neue Chancen.

Die Politik muss noch bestehende gesetzliche Ausbildungshemmnisse beseitigen. Die Arbeitszeitregelungen für das Gaststättengewerbe und ähnliche Branchen gehören auf den Prüfstand.

Der Erhalt des Meisterbriefs im Handwerk ist schon jetzt an eine überdurchschnittliche Ausbildungsleistung gekoppelt. Anders als bisher sollte die Erfüllung dieser Voraussetzung in Zukunft alle 5 Jahre in den einzelnen Branchen überprüft werden.

Die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen bleibt ein Dauerthema. Wir müssen weg vom Reparaturbetrieb, hin zu einem effizienten Mitteleinsatz der Bildungsausgaben in Schule und Vorschule. In vielen Ländern wurde die Hauptschule in der Vergangenheit vernachlässigt und zu einer Restschule degradiert. Sie muss im Gegenteil gestärkt und so ausgestaltet werden, dass sie den Übergang in die berufliche Bildung erleichtert. Deutsch- und Mathekenntnisse sind dabei das fachliche A und O. Die so genannten Sekundärtugenden, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, Höflichkeit, Durchhaltevermögen und Disziplin, sind der zweite unverzichtbare Teil von Ausbildungsfähigkeit. Eltern, Schule und Gesellschaft müssen diesen im Interesse der Jugendlichen einfordern.

Letztlich gilt: Ausbildung folgt Arbeit. Nur wenn es gelingt, über mehr Wachstum mehr Arbeit in Deutschland zu schaffen, wird auch das Ausbildungsangebot nachhaltig steigen. Die jüngsten Konjunkturprognosen stimmen optimistisch.

PRESSMITTEILUNG